Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/6220

25. 11. 96

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1997
– Drucksachen 13/5200 Anlage, 13/5836, 13/6021, 13/6025, 13/6026, 13/6027 –

hier: Einzelplan 30
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Im Kapitel 30 03 – Berufliche Bildung und Maßnahmen der Weiterbildung – wird ein neuer Titel 685 07 – Sonderprogramm Berufsschulen in den neuen Bundesländern – mit einem Baransatz von 50 Mio. DM eingerichtet.
2. Im Kapitel 30 04 – Hochschulen, Wissenschaft und Ausbildungsförderung – wird ein neuer Titel 685 03 – Wissenschaftler-Integration – mit einem Baransatz von 20 Mio. DM eingerichtet.
3. Im Kapitel 30 04 – Hochschulen, Wissenschaft und Ausbildungsförderung – wird der Titel 882 01 – Ausbau und Neubau von Hochschulen – um 200 Mio. DM aufgestockt.
4. Im Kapitel 30 06 – Informationstechnik, Biotechnologie und sonstige Technologiebereiche – wird in Titelgruppe 34 der Titel 683 40 – Bodengebundener Transport und Verkehr – Forschungs- und Entwicklungsvorhaben – um 25 Mio. DM gekürzt und der Titel 892 40 – Bodengebundener Transport und Verkehr – Investitionszuschüsse – um 60 Mio. DM gekürzt.

Bonn, den 20. November 1996

Rudolf Scharping und Fraktion

Begründung umseitig

Begründung

1. Dringend notwendig ist der Aufbau eines leistungsfähigen dualen Ausbildungssystems in Ostdeutschland. Zur Gewinnung vor allem betrieblicher Ausbildungsplätze müssen auch die Berufsschulen qualitativ verbessert werden. Wie in den 70er Jahren in Westdeutschland sollen hierfür Bund und Länder ein mehrjähriges Sonderprogramm im Umfang von 650 Mio. DM aus Bundesmitteln als Anschubfinanzierung auflegen.

2. Im Rahmen des HSP III sind ab 1997 insgesamt 100 Mio. DM bis zum Jahr 2000 als Anschlußförderung für nur etwa 30 Prozent der im Rahmen des Hochschulerneuerungsprogramms geförderten Wissenschaftler vorgesehen. Der Bund trägt, auch aufgrund des Einigungsvertrages, in den neuen Bundesländern besondere Verantwortung für die Herstellung einheitlicher Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Notwendig ist daher eine ergänzende mittelfristig angelegte Förderung aus Mitteln des Bundes, damit Wissenschaftler eine Dauerbeschäftigung inner- oder außerhalb einer Hochschule erlangen können.

3. Die Länder sind gezwungen, mit dem Bund erneut einen 26. „Rumpfrahmenplan" zu vereinbaren. Der Wissenschaftsrat hat in diesem Frühjahr jedoch über 2 Mrd. DM mehr angesetzt als jetzt finanziert werden kann. Über 70 Prozent der neu angemeldeten und auch vom Bund mit höchster Priorität ausgezeichneten Bauvorhaben müssen deshalb abgewiesen werden.

4. Die geplante Magnetschwebebahnverbindung Hamburg–Berlin stellt eine verkehrspolitische Fehlinvestition dar. Diese Strecke würde auf Dauer im europäischen Hochgeschwindigkeitnetz eine inkompatible Insellösung darstellen und ist standortpolitisch absurd. Das Finanzierungskonzept für diese Strecke ist haushaltspolitisch nicht vertretbar.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333